

9. Schlußbetrachtung

Den Ausgangspunkt der Untersuchungen in der vorliegenden Arbeit bildeten die aus der Faschismusanalyse generierten antifaschistischen Strategien der Arbeiterparteien in den böhmischen Ländern. Hiermit sollte die Frage beantwortet werden, inwieweit diese Strategien handlungsbestimmend für die Politik der Arbeiterparteien waren und inwiefern sich die politische Arbeiterbewegung vor dem Hintergrund divergierender Parteiinteressen angesichts der immensen Herausforderungen durch die politische und ökonomische Krise in den dreißiger Jahren als handlungsfähig erwies. Im Sinne dieser Fragestellung kann nunmehr konstatiert werden, daß die tschechischen und die sudetendeutschen Sozialdemokraten diese Gefahren sogleich erkannt haben und sich unmittelbar nach der Machtergreifung Hitlers und der Gründung der SHF in der veränderten innen und außenpolitischen Bedrohungssituation uneingeschränkt in den Dienst einer aktiven Verteidigung der staatlichen Unabhängigkeit der ČSR und ihres politischen Systems gestellt haben. Die Kommunisten folgten dieser Entwicklung mit einiger Zeitverzögerung erst ab dem Herbst 1934. Die KPTsch war in ihrer Zustimmung zur Landesverteidigung jedoch stets von der politischen Linie der Komintern abhängig und mußte ihre Strategie und Taktik entsprechend häufig variieren.

Es konnte verdeutlicht werden, daß die Motivation für das Bekenntnis zum Staat und zu seiner politischen und militärischen Verteidigung bei beiden sozialdemokratischen Parteien eine unterschiedliche Ausgangsbasis hatte und daher auch durchaus verschieden war. Für die ČSD stellte sie eine logische Konsequenz aus der seit 1918 verfolgten Strategie der '*státotvornost*' dar. Schon zu Beginn des Staatsgründungsprozesses gab es in der ČSD eine Mehrheit, die sich ungeachtet der politisch-ideologischen Auseinandersetzungen zwischen dem revisionistischen und dem sozialrevolutionären Flügel der Bewegung vom Diskurs über den 'richtigen' Weg zum Sozialismus löste und den Staat mit seiner demokratisch-parlamentarischen Grundordnung sowie mit seiner kapitalistischen Wirtschaftsform für grundsätzlich reformfähig und im Sinne der eigenen sozialemanzipatorischen Zielvorstellungen für konkret modifizierbar hielt. Voraussetzungen für diese Haltung waren sowohl die Konstituierung der ČSR als demokratischer Nationalstaat als auch die Überzeugung von der klassenneutralen Funktion des Staates, die ihren ideologischen Widerhall im Laufe der zwanziger Jahre in einer eigenen Auslegung der Theorie von der 'Wirtschaftsdemokratie' fand. Die Auswirkungen auf die politische Strategie der ČSD waren zunächst derart, daß sich die Parteiführung vor allem um die Herstellung legitimer Herrschaftsverhältnisse im Staat bemühte. Vor dem Hintergrund der politischen und sozioökonomischen Krise der unmittelbaren Nachkriegszeit ging es ihr um die Lösung von drei Sachkomplexen: 1. die Rückführung und Kanalisierung der revolutionären Strömungen in den eigenen Reihen, 2. die Bindung der bürgerlichen Parteien an den demokratischen Rechtsstaat durch eine Koalitionspolitik und 3. die Entschärfung des nationalen Konflikts durch politische Integration der nationalen Minderheiten sowie der Slowaken unter den Vorgaben der tschechoslowakischen Nationalstaatskonzeption. Die ČSD präsentierte sich der politischen Öffentlichkeit als eine patriotische, republikanische Staatspartei, die den Aufbau einer innenpolitischen Drohkulisse

durch soziale Mobilisierung oder politische Obstruktion unter allen Umständen vermied. Ihre politische Strategie gestaltete sich fortan ausschließlich etatistisch und war auf Mitgestaltung sowie auf Sicherung und Ausbau politischer und sozialer Besitzstände ausgerichtet. Denn die Verfassung der ČSR, die von den tschechischen Sozialdemokraten maßgeblich mitbestimmt worden war, und die Verständigungsbereitschaft der bürgerlichen Parteien boten nach eigener Auffassung günstige Voraussetzungen für den Aufbau eines sozialen Rechtsstaates und bildeten die Rahmenbedingungen für eine kontinuierliche politische Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen. Es konnte somit gezeigt werden, daß das vehemente Eintreten der ČSD für die Verteidigung der staatlichen Unabhängigkeit der ČSR nach der Machtergreifung Hitlers und der Gründung der SHF nur zum geringeren Teil in einem tschechischen resp. tschechoslowakischen Patriotismus begründet lag, sondern vor allem vom reformistischen Staatsverständnis bestimmt war, wonach der Staat im 20. Jahrhundert als ein politisch autonomes Gemeinwesen begriffen wurde, das als klassenneutrale Institution Gemeinwohlinteressen verfolgt. Für die tschechischen Sozialdemokraten stellte die parlamentarische Demokratie somit einen eigenständigen Wert dar, denn mit ihr sei der Staat auch für die Interessen der Arbeiterklasse funktionalisierbar. Erst im zweiten Schritt wurde der politischen Demokratie ein sozialer Auftrag zur Überwindung des Kapitalismus zugeschrieben. Der Sozialismus sollte demzufolge nicht auf revolutionärem Weg, sondern durch die Übertragung politischer Demokratieprinzipien auf die wirtschaftliche und soziale Ebene erreicht werden. Sowohl der Verlust der Eigenstaatlichkeit als auch die Beseitigung der demokratischen Grundordnung hätten diese Strategie der ČSD durchkreuzt und mußten daher unter allen Umständen verhindert werden.

Im Gegensatz hierzu war bei der DSAP das Bekenntnis zur Verteidigung des Staates gegen seine innere und äußere Bedrohung durch den Faschismus erst nach einem grundlegenden Wandel in ihrer Haltung zur ČSR möglich geworden. Diese hatte zwar schon in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre eingesetzt, wurde aber mit der Machtergreifung Hitlers deutlich verstärkt. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten hatten die neugegründete ČSR nicht als eine freiheitlich-soziale Demokratie wahrgenommen, sondern betrachteten sie in der Umbruchphase des Jahres 1918/1919 zuvorderst als eine neue Form des nationalen Obrigkeitsstaates, der die nationalen Minderheiten gewaltsam zu unterdrücken suchte. Trotz der Konstituierung der ČSR als demokratischem Rechtsstaat verweigerten sie sich den Partizipationsangeboten der ČSD und sahen ihre Rolle während des Staatsgründungsprozesses in der Obstruktion. Nach einer mehrjährigen Phase der Neuorientierung, die mit einem Führungswechsel an der Parteispitze und der Einsicht in die positive soziale Funktion des Staates einherging, entwickelte die DSAP ein aktivistisches Politikverständnis, das ihr trotz fortdauernder Kritik an der Nationalstaatskonzeption schließlich 1929 den Eintritt in die Regierung erlaubte. Doch erst mit der Machtergreifung Hitlers gelangte die Parteiführung auch zu einer stärkeren politischen Anerkennung des Staates. Diese war jedoch nicht mehr als das Ergebnis einer politischen Güterabwägung angesichts der absehbaren innenpolitischen Folgen einer antidemokratischen Entwicklung resp. einer Zerschlagung der ČSR durch das Deutsche Reich. Mit der Verschärfung der Staats- und Gesellschaftskrise in der ČSR entwickelte die DSAP in der Regierungsverantwortung eine Staatsloyalität, die

allerdings zu keinem Zeitpunkt den Zustand einer vorbehaltlosen Anerkennung des ethnisch definierten Nationalstaats einnahm. Ab jetzt wurde der Faschismus zum Hauptfeind der DSAP, und ihr politisches Hauptaugenmerk galt der Verhinderung eines politischen Schulterchlusses zwischen den bürgerlichen Parteien und der SHF/SdP, als dessen unmittelbare Folge eine Rechtsdiktatur in der ČSR erwartet wurde. Dieser Strategiewechsel beschränkte jedoch die Möglichkeiten der Partei, auf nationalpolitischem Gebiet initiativ zu werden, und band die DSAP an die Koalitionspolitik, die sich zunehmend negativ für sie gestaltete.

Das Bekenntnis der beiden sozialdemokratischen Parteien zur Verteidigung der Demokratie und der nationalstaatlichen Integrität stellte zugleich eine Entscheidung gegen eine politische Zusammenarbeit mit der KPTsch dar, da die Bedrohung durch die Kommunisten immer als integraler Bestandteil der Gesamtproblematik verstanden wurde, auch wenn dieser Zusammenhang nicht jedes Mal verbal hergestellt wurde. Die Ablehnung der bürgerlich-demokratischen Staatsform sowie die indifferente Haltung zur Existenz eines tschechoslowakischen Nationalstaats durch die Kommunisten bestätigten in den Augen der Sozialdemokraten diese Sichtweise, denn die KPTsch hatte stets betont, erst die kapitalistische Gesellschaftsordnung stürzen zu wollen, bevor sie zur entschiedenen Verteidigerin der sozialistischen Republik würde. In Anlehnung an das auf dem V. Parteitag von 1929 in die kommunistische Programmatik übernommene Stalinsche Verdikt von der 'neuen revolutionären Krise' als 'dritter Periode' der kapitalistischen Entwicklung ging die KPTsch nunmehr von einer bevorstehenden Verschärfung der Klassenkämpfe in der ČSR aus, die die sozialistische Revolution auslösen würden. Diese Entwicklung könne auch durch den sich mit Hilfe der Sozialdemokraten faschisierenden Staat nicht aufgehalten werden. Infolgedessen verband die KPTsch bis zum Herbst 1934 ihren Kampf gegen den Faschismus strategisch mit dem revolutionären Sturz der bürgerlichen Demokratie und der kapitalistischen Ordnung. Aus den Erfahrungen der frühen dreißiger Jahre, die gezeigt hatten, daß es den Kommunisten nicht gelingen würde, die Wirtschaftskämpfe in der ČSR in politische Kämpfe auszudehnen, gelangten jedoch einige Politiker zu einer Differenzierung dieser Prämisse, die sie in einen Konflikt mit der Komintern-Führung brachte. Die auf dem XII. Plenum des EKKI im August 1932 vorgebrachten und in der Parteipresse bis zum Sommer 1933 weiter ausgeführten Thesen ließen erkennen, daß die bisherige Taktik des antifaschistischen Kampfes im Zuge einer eigenen, an die spezifische tschechoslowakische Problemlage angepaßten Auslegung der Komintern-Linie hinterfragt wurde und daß es statt dessen erste Anzeichen für eine Änderung der kommunistischen Einstellung zur Sozialdemokratie sowie Ansätze zur Neubewertung der bürgerlichen Demokratie gab. Diese waren darauf ausgerichtet, die bislang ausschließlich statthafte Antithese von bürgerlicher Demokratie im Kapitalismus und der Diktatur des Proletariats um den Gegensatz zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur zu erweitern. Nach den Interventionen der Komintern kehrte die KPTsch auf ihrem VIII. Plenum im September 1933 und auf der Reichskonferenz im Januar 1934 zu der Überzeugung zurück, nur die Errichtung der Diktatur des Proletariats könne Schutz vor dem Faschismus gewähren und müsse daher vorangetrieben werden. Die aus dieser 'sektiererischen' Haltung resultierende innenpolitische Isolation der KPTsch konnte erst im Laufe des Jahres 1935 durchbro-

chen werden, nachdem die Interimsführung unter J. Šverma, R. Slánský u.a. als Ergebnis eines mehrmonatigen politisch-programmatischen Diskurses zu einer positiven Einstellung zur nationalstaatlichen Souveränität der ČSR gelangt war und schließlich sogar deren militärische Verteidigung befürwortete. Durch den Rückgriff auf das Leninsche Konzept von der Arbeiter- und Bauernregierung setzte sich die Annahme durch, daß es auf dem Weg zum Sozialismus auch politische Zwischenstufen geben könne. Auf dieser Grundlage und bestärkt durch die Ergebnisse des VII. Weltkongresses suchten die Kommunisten zur Verteidigung der ČSR die Zusammenarbeit mit allen antifaschistischen Kräften, boten die Bildung einer 'sozialistischen Kampf-gemeinschaft' an und schlossen kurzzeitig auch die Beteiligung an einer Regierung in der bürgerlichen Demokratie nicht aus, sofern diese eine sozialistische, antifaschistische Politik betreiben würde.

Die Arbeit hat ferner gezeigt, daß die Machtergreifung Hitlers die tschechischen und die sudetendeutschen Sozialdemokraten zu Beginn des Jahres 1933 insgesamt unvorbereitet traf, d.h. es existierten zu diesem Zeitpunkt keine Pläne, wie die ČSR außenpolitisch erfolgreich gegen das nationalsozialistische Deutschland abgesichert und der völkische Nationalismus innenpolitisch bekämpft werden könnten. Dieses politisch-programmatische Defizit aus der Anfangszeit konnte schnell kompensiert werden, da sich die Sozialdemokraten intensiver und zielgerichteter als die Kommunisten und die bürgerlichen Parteien mit den Entstehungsgründen und den politischen Gefahren durch den Faschismus auseinandersetzten. Obwohl sich die Analyse des Faschismus überwiegend in den engen gesellschaftspolitischen Denkmustern des Marxismus bewegte – eine Ausnahme in dieser Hinsicht bildete lediglich das volkssozialistische Konzept W. Jakschs – kamen die sozialdemokratischen Analytiker zu realitätsnahen Einschätzungen bzgl. des Wesens, der sozialen Funktion und der politischen Ziele des reichsdeutschen Nationalsozialismus sowie der ebenfalls als faschistisch gekennzeichneten Henleinbewegung. Die Arbeit hat aber auch gezeigt, daß die antifaschistische, staats- und systemerhaltende Politik der Sozialdemokraten keineswegs ausschließlich von den Ergebnissen der Faschismusanalyse resp. der jeweiligen Rezeption der Bedrohungssituation bestimmt war, sondern ebenso stark von ihren reformistischen Grundpositionen und damit von längerfristigen strategischen Konzeptionen beeinflusst wurde. In der Kombination dieser beiden Faktoren gelangten die Sozialdemokraten bereits im Laufe des Jahres 1933 zu einer umfassenden innenpolitischen Antikrisenstrategie, die von beiden Parteivorständen unterstützt wurde und deren Schwerpunkte auf demokratisierenden Maßnahmen sowie auf wirtschafts- und sozialpolitischen Hilfsprogrammen durch den Staat lagen. Da die Abwehr der faschistischen Bedrohung nur einen – wenn auch einen zentralen – Aspekt dieser Antikrisenstrategie einnahm, konnte sich dieses Programm von ČSD und DSAP im wesentlichen auf den Vereinbarungen des Smíchover Parteitags von 1928 bewegen, die mit der Betonung beiderseitiger sozial- und wirtschaftspolitischer Interessen auch die Basis für die gemeinsame Regierungsarbeit seit dem Herbst 1929 bildeten.

Es konnte verdeutlicht werden, daß die Politik der beiden sozialdemokratischen Parteien aufgrund der vorangegangenen negativen Erfahrungen der SPD vor allem von der Überzeugung geprägt war, daß der Besitz von Regierungsmacht den Ausgang der politischen Krise in der

ČSR bestimmen werde. Aus diesem Grund waren ČSD und DSAP bestrebt, ihre Regierungsbeteiligung unter allen Umständen fortzusetzen, um durch politische Kontinuität innenpolitische Stabilität zu erzielen und bereits erreichte politische und soziale Besitzstände zu sichern. In bezug auf die Henleinbewegung und den heimischen Faschismus wurden hierdurch mehrere Ziele verfolgt: 1. Es sollte verhindert werden, daß weitere bürgerliche Parteien ins radikale, antidemokratische Lager hinübergleiten. 2. Die faschistischen Gruppierungen sollten politisch isoliert und vom Zugang zu staatlichen Machtpositionen abgehalten werden, bis sie an ihren inneren Widersprüchen zerbrechen. 3. Mit Hilfe der liberalen Parteien sollte bewirkt werden, daß die Regierung eine Frontstellung gegen staatsfeindlichen Parteien einnimmt und sie im Rahmen geltenden Rechts bekämpft. Ein grundlegender Strategiewechsel, z.B. durch die Anwendung neuer Kampfformen im außerparlamentarischen Bereich, wurde deshalb ebenso nachdrücklich abgelehnt wie ein Konfrontationskurs innerhalb der Regierungskoalition, der die politische Krise sicherlich verschärft und die politische Stellung der Sozialdemokraten weiter geschwächt hätte. Die angewandte Defensiv- und Legalitätsstrategie verstetigte sich – besonders bei der ČSD – mit dem Wahlsieg der SdP im Mai 1935 und dem sich seit 1936 abzeichnenden Verfall des bestehenden Systems außenpolitischer Sicherung.

Da das Bedrohungspotential durch die Henleinbewegung und den heimischen Faschismus bis in die zweite Hälfte der dreißiger Jahre von beiden Parteiführungen durch die eigene Regierungsbeteiligung und durch eine mögliche administrative Bekämpfung als insgesamt handhabbar eingeschätzt wurde, versäumten es ČSD und DSAP vor dem Hintergrund des sich zunehmend zuspitzenden und schließlich von außen beeinflussten nationalen Konflikts zwischen Tschechen und Sudetendeutschen, zu nationalpolitischen Reformkräften zu werden und damit die politische Entwicklung zu bestimmen. Daher waren sie nach dem Wahlsieg der SdP dazu verdammt, auf diesem Politikfeld den Ereignissen hinterher zu laufen, und sie hatten in Anbetracht der komplexen innen- und außenpolitischen Bedrohungslage für die ČSR keine Möglichkeit mehr, ihrerseits ein für beide Seiten annehmbares nationalpolitisches Konzept vorzulegen, das als Alternative zu den Forderungen der SdP hätte dienen können. Mit dieser Feststellung soll keine Bewertung verbunden werden, ob nach der zurückliegenden Periode verpaßter Chancen und im Schatten der aggressiven Außenpolitik des Deutschen Reichs nationalpolitische Reformen die Radikalisierung der Sudetendeutschen hätten aufhalten können. Dies scheint angesichts der Dynamik, mit der sich die SHF/SdP entwickelte, unwahrscheinlich. Es ist aber augenscheinlich geworden, daß gerade der nationalpolitische Bereich in der Antikrisenstrategie die ČSD von der DSAP trennte und sie schließlich auseinanderdividierte.

Zugleich legen die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit die Schlußfolgerung nahe, daß die Dominanz der nationalen Problematik in den böhmischen Ländern zwar den Anlaß für das Scheitern der Regierungszusammenarbeit von ČSD und DSAP Anfang 1938 bot, daß die Gründe für das zunehmende Auseinanderlaufen der antifaschistischen Strategien sowie für den schlußendlichen Verfall der Beziehungen zwischen beiden Parteien und damit für das Scheitern der politischen Arbeiterbewegung vor dem Faschismus aber weitaus tiefer lagen. Es konnten hierfür zwei zentrale Ursachenkomplexe ausgemacht werden:

Erstens gelang es den tschechischen und den sudetendeutschen Sozialdemokraten nach der beschwerlichen politischen Annäherung in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre auch durch ihre gemeinsame Regierungsarbeit seit 1929 nicht, zu normalisierten Beziehungen zu finden. Zwar nahmen die Bezugspunkte einer politischen Zusammenarbeit quantitativ zu, doch einer qualitativen Verbesserung des Verhältnisses beider Parteien stand zum einen im Wege, daß die ČSD als eine Partei der Mehrheitsnation für die Lösung der nationalen Frage in der ČSR andere Prioritäten setzen konnte als die DSAP als Vertreterin einer nationalen Minderheit. Die Verschärfung des nationalen Konflikts sei dem Beginn der dreißiger Jahre infolge der nationalistischen Radikalisierung der sudetendeutschen Minderheit sowie auch bei Teilen der tschechischen Bevölkerung und der aggressiven Versuche der deutschen Außenpolitik, auf die innenpolitische Entwicklung in der ČSR Einfluß zu nehmen, verengten die innenpolitischen Handlungsspielräume für die Sozialdemokraten, um im Rahmen der bestehenden Machtkonstellation nationalpolitische Reformen einzuleiten, die die Erwartungen und Bedürfnisse für beide Seiten zufrieden stellen konnten. Zum anderen stand einer vitalen, gleichberechtigten Partnerschaft beider Parteien ein Mißverhältnis in der jeweiligen Machtstellung im politischen System entgegen. Die ČSD war in bezug auf ihre Mitgliedschaft und Wählerunterstützung bedeutend größer als die DSAP. Sie verfügte seit der Staatsgründung über ein funktionierendes Beziehungsgeflecht zu den Schaltstellen politischer Macht in den nicht-institutionalisierten Entscheidungsstrukturen und besaß mit den tschechischen Nationalen Sozialisten zudem einen weiteren starken, etablierten politischen Partner im eigenen nationalen Lager, so daß die Beziehung zur DSAP in einem Konflikt wie dem des Frühjahrs 1938 vergleichsweise leicht den eigenen politischen Interessen geopfert werden konnte, ohne dadurch Gefahr zu laufen, die eigene Machtstellung zu gefährden. Dieser Zustand bewirkte bei der DSAP schon frühzeitig die Einsicht, bei allen Entscheidungen, die die Stellung der eigenen Volksgruppe betrafen, von der Gunst nicht nur der tschechischen Regierungsmehrheit, sondern auch des sozialdemokratischen Koalitionspartners abhängig zu sein. Unter der Führung L. Czechs wurde dieser latente Konflikt noch unter der Betonung internationalistischer sozialistischer Zusammenarbeit zur Sicherung politischer und sozialer Besitzstände in der politischen und sozioökonomischen Krisensituation notgedrungen hingenommen, bei W. Jaksch bewirkte er hingegen, daß er ab 1936 nach Partnern bei den sudetendeutschen Bürgerparteien suchte und das politische Bündnis mit der tschechischen Schwesterpartei schließlich grundsätzlich infrage stellte.

Als treffender Ausdruck für das Nichtvorhandensein einer normalisierten Beziehung unter den Sozialdemokraten konnte der Umstand ausgemacht werden, daß weder die DSAP noch die ČSD bei der Formulierung ihrer jeweiligen antifaschistischen Strategien die Positionen der anderen Partei berücksichtigten. Es kann also festgehalten werden, daß es eine politisch-programmatische Wechselbeziehung im Sinne der Fragestellung dieser Arbeit zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien in den böhmischen Ländern nicht gab. So wurden zwar alle maßgebenden Diskussionen innerhalb der SAI in den innerparteilichen Debatten um eine politisch-programmatische Neuorientierung des Sozialismus und um die Ausarbeitung einer passenden Antikrisenstrategie für die ČSR rezipiert, auf die Standpunkte der Schwesterpartei

wurde jedoch nur in Ausnahmefällen Bezug genommen und die innerparteilichen Vorstöße von Randgruppen gar nicht kommentiert. Ebenso stießen die 1933 in der DSAP erhobenen Forderungen, dem Verhältnis zwischen beiden Parteien angesichts der inneren und äußeren Bedrohung der ČSR eine neue Sinngebung zu erteilen und diese eng mit dem Antifaschismus, der Landesverteidigung, einer sozialfriedlichen Integration und der Lösung der nationalen Frage zu verbinden, bei der ČSD auf keine Resonanz. Daß die DSAP bei der Auswahl ihrer taktischen Schritte bis 1936 Rücksicht auf die Positionen der ČSD nahm und sich deren Strategie anschloß, konnte durch die Ergebnisse der Arbeit darauf zurückgeführt werden, daß sich die sudetendeutschen Sozialdemokraten ihrer eingeschränkten Möglichkeiten im politischen Machtsystem der ČSR deutlich bewußt waren und daß sie deshalb ihr Bündnis mit den tschechischen Sozialdemokraten, das zurecht als äußerst fragil eingeschätzt wurde, nicht gefährden wollten. Zu diesem Problemkomplex muß jedoch auch konstatiert werden, daß dieses Vorgehen keinesfalls nur ein Kennzeichen für den Zustand zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien darstellte, sondern daß die eingeschränkte gegenseitige Wahrnehmung und die mangelhafte Kommunikation als symptomatisch für das Zusammenleben zwischen Tschechen und Deutschen in den böhmischen Ländern betrachtet werden muß und dessen Scheitern nicht zuletzt beförderte. Demgegenüber entwickelte sich in der politischen Gegnerschaft ein kontroverser Dialog über die 'richtige' antifaschistische Strategie zwischen der internationalistisch organisierten KPTsch einerseits und der ČSD und der DSAP andererseits.

Die zweite Ursache für die voneinander abweichende Entwicklung in den antifaschistischen Strategien von der ČSD und der DSAP konnte auf die Unterschiede in der Faschismusanalyse in beiden Parteien zurückgeführt werden. In den theoretischen Diskussionen beider Parteien war sie vor allem politisch motiviert und damit auf eine politische Lösung der Bedrohungssituation ausgerichtet. Ein Konsens bestand lediglich dahingehend, daß der Faschismus eine spezifische Form bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft und die faschistische Partei ein Werkzeug des sie finanzierenden Monopolkapitals darstelle und dessen Herrschaft sicherstellen solle. Damit sei der Faschismus Ausdruck einer kapitalistischen Offensive gegen das Proletariat, die das Ziel verfolge, eine neue Qualität in der Ausformung kapitalistischer Herrschaft herzustellen. Während die DSAP-Theoretiker aber vor allem die soziale Funktion des Faschismus als kapitalistischer Herrschaftsform betonten, erklärten die tschechischen Sozialdemokraten die staatsfeindliche, faschistische Radikalisierung hingegen unter Zuhilfenahme der sog. 'Mittelstandstheorie' als unmittelbare Reaktion auf die ökonomische Krise des Kapitalismus. Ausgehend von der Analyse der Sozialstruktur faschistischer Bewegungen wurde der Faschismus als eine 'Revolte des Mittelstandes' gegen die Bedrohung seiner sozioökonomischen Existenz im Kapitalismus verstanden. Da es sich bei den gesellschaftlichen Mittelschichten jedoch nicht um eine einheitliche Klasse handelte, sondern um zwei Gruppierungen mit gegenläufigen Klasseninteressen, deren Forderungen sich vom Faschismus an der Macht zudem nicht würden verwirklichen lassen, wurde dem Faschismus auch keine Aussicht auf einen langfristigen politischen Erfolg beigemessen. Der zu Beginn der dreißiger Jahre einsetzende Aufstieg faschistischer Bewegungen in der ČSR wurde einseitig der Sogwirkung des ausländischen Faschismus – insbesondere der

Machtergreifung Hitlers – zugeschrieben. Versäumnisse der eigenen Regierung auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik sowie bei der administrativen Bekämpfung des Faschismus wurden hingegen erst in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre artikuliert. Wie auch bei anderen europäischen Arbeiterbewegungen resultierte das Hauptproblem der Faschismusanalyse der ČSD daraus, daß die soziale Funktion des Faschismus mechanisch aus seiner sozialen Basis abgeleitet wurde. Doch weder die NSDAP noch die SHF/SdP oder das NOF waren mittelständische Parteien. Die Bedeutung faschistischer Ideologie mit den Bezugspunkten Nationalismus, Volkstum, Rassismus oder Führergedanken wurde ebenso unterbewertet wie die Auswirkungen der Agitationstechniken, die große Ähnlichkeiten mit denen der Arbeiterparteien aufwiesen. Da die Faschismusanalyse der ČSD den Faschismus nicht vorrangig als eine Herrschaftsform des Kapitalismus sah, mußte sich die antifaschistische Strategie der Partei auch nicht primär gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung oder die bürgerliche Gesellschaftsordnung richten, sondern legte eine Fortsetzung der bisherigen Legalitätsstrategie nahe. Daher sollte dem Faschismus seine soziale Basis entzogen werden, indem durch eine entsprechende, breit aufgestellte Antikrisenstrategie die ihn unterstützenden gesellschaftlichen Schichten für den Sozialismus gewonnen würden. Ein Scheitern des Faschismus wurde somit gleichbedeutend mit dem Sieg des Sozialismus gesehen.

Den methodischen Ausgangspunkt für die antifaschistische Strategiedebatte innerhalb der DSAP bildeten demgegenüber die Aufarbeitung der politischen Fehler der SPD in der Zeit vor 1933 sowie deren politisch-programmatische Diskussionen im Exil. Hierbei ging es den Autoren vor allem um die Analyse der politischen Konstellationen, die den Aufstieg Hitlers möglich gemacht hatten, und inwieweit diese durch das Verhalten der SPD bedingt waren. In Anknüpfung an die sog. 'Bündnistheorie' auf der Grundlage der Marxschen Frankreichschriften wurde der Faschismus innerhalb der DSAP in erster Linie als der gesellschaftliche Ausdruck eines politischen Bündnisses von großindustriellen Gruppen und radikalisierten Mittelschichten gewertet, die sich in der Situation des 'Gleichgewichts der Klassenkräfte' trotz einer unterschiedlichen Interessenlage zusammengeschlossen hatten. Damit wurde der Faschismus nicht zuvorderst als Folge der Krise des Kapitalismus gesehen, sondern als eine politische Reaktion auf den Machtzuwachs der Arbeiterklasse. In Ableitung aus der Bonapartismusthese Marx' wurde ein Auseinanderfallen von sozialer Basis und sozialer Funktion des Faschismus vorausgesagt, denn der Faschismus repräsentiere zwar die antikapitalistischen Interessen der sozialen Basis der faschistischen Bewegung, zugleich sei er jedoch bestrebt, den Kapitalismus zu stützen. Deshalb müsse er auch zwangsläufig scheitern, da der Monopolkapitalismus mit Hilfe des Faschismus zwar seine Herrschaft verlängern, der Faschismus aber nicht die gesellschaftlichen Widersprüche im Kapitalismus beseitigen und damit die strukturellen Ursachen für die Krise des Kapitalismus lösen könne. Die Übernahme der Regierungsgewalt durch eine faschistische Partei werteten die DSAP-Theoretiker als eine extreme Form der Verselbständigung der Staatsmacht im Kapitalismus, die durch die Monopolisierung von politischer Macht in den Händen der faschistischen Partei bei gleichzeitiger Fortexistenz der ökonomischen Herrschaft des Finanzkapitals charakterisiert sei.

Während diese Faschismusinterpretation die Schlußfolgerung nahelegte, der Kampf gegen den Faschismus könne nur als revolutionärer Klassenkampf zum Sturz des Kapitalismus geführt werden, und dies auch von den reichsdeutschen Exilgruppen gefordert wurde, entschied sich die DSAP-Führung bei der Bekämpfung der als unzweifelhaft faschistisch eingestuften Henleinbewegung, sich der Legalitätsstrategie der ČSD anzuschließen. Diese Entscheidung wurde seit dem Parteitag von 1932 mit der auch von der ČSD vorgebrachten These begründet, daß sich das Proletariat in der ČSR derzeit nicht in einer revolutionären Situation befinde. Vielmehr gebe es in der gesellschaftlichen Situation des 'Gleichgewichts der Klassenkräfte' keine Alternative zur Taktik der Regierungszusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien. In dem als klassenneutral aufgefaßten Staat sei diese Kooperation als Zwischenstadium auf dem Weg zum Sozialismus zu begreifen. Für die DSAP entwickelte sich nach den Erfahrungen der zwanziger Jahre darüber hinaus die Einsicht, daß sozial- und nationalpolitische Reformen für die sudetendeutsche Volksgruppe in der angespannten innenpolitischen Situation nach 1933 nur durch ein aktivistisches Vorgehen zu erzielen seien. Mit dieser Strategie war beabsichtigt, sich von den Forderungen und der Politik der SHF/SdP abzugrenzen. Deshalb führte die DSAP ihren Wahlkampf im Frühjahr 1935 vor allem mit dem Argument, daß nur eine starke sozialistische Vertretung in der Regierung der Mehrheitsnation Fördermittel abtrotzen könne und jede Stimme für die negativistische SdP somit eine verlorene Stimme für die Interessen der sudetendeutschen Volksgruppe sei, und erlitt hiermit eine deutliche Niederlage.

Die tschechischen Sozialdemokraten hatten sich bereits im Vorfeld ihres Parteitags von 1933 entschieden, den Kampf gegen den Faschismus in eine breit angelegte Antikrisenstrategie zu integrieren, um durch die Anwendung einer entsprechenden Wirtschafts- und Sozialpolitik einer sozial motivierten Radikalisierung weiter Bevölkerungsschichten entgegenzuwirken. Sie verkannten damit, daß die gesellschaftlichen Ursachen für die Radikalisierung der sudetendeutschen Minderheit eben nicht nur sozioökonomisch begründet waren. Es konnte in der Arbeit nachgewiesen werden, daß die angewandte Strategie auf der von R. Hilferding begründeten Theorie von der 'Wirtschaftsdemokratie' basierte, wonach die Arbeiterbewegung sich die Organisationspotentiale des sich entwickelnden Kapitalismus zu eigen machen sollte, um vom 'organisierten Kapitalismus' direkt in die 'geplante Wirtschaft' überzugehen. Doch auch das in beiden sozialdemokratischen Parteien feststellbare Primat der Politik resultierte aus eben dieser Theorie von der 'Wirtschaftsdemokratie'. Hieran wird deutlich, daß die ČSD-Führung trotz der schon in den zwanziger Jahren einsetzenden Kritik in den eigenen Reihen an der mangelhaften Funktionsfähigkeit des spezifischen politischen Systems in der ČSR, die im Januar 1933 in der Macek-Debatte wieder aufgegriffen und konkretisiert wurde, auch weiterhin nicht von einer strukturellen Begrenztheit staatlichen Handelns für die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse ausging, so daß beide sozialdemokratischen Parteiführungen weiterhin am Primat der legal im bestehenden System agierenden Politik festhielten. Deshalb suchten weder die ČSD noch die DSAP nach der Machtergreifung Hitlers und der Gründung der Henleinbewegung verstärkt nach neuen Kampfformen gegen die politische Bedrohung durch den heimischen Faschismus und die SHF/SdP. Im Gegensatz zur ČSD, die an dem Regierungsbündnis mit der Agrarpartei

unter allen Umständen festhalten wollte, entschied sich ein Flügel innerhalb DSAP ab dem Frühjahr 1936 zum Abschluß neuer politischer Bündnisse mit den sudetendeutschen bürgerlichen Parteien und beschleunigte mit dem sog. 'Jungaktivismus' die Desintegration der ohnehin fragilen sozialdemokratischen Aktionsgemeinschaft.

Ferner konnte gezeigt werden, daß der auf dieser ideologischen und politisch-programmatischen Grundlage erarbeitete sozialdemokratische 'Wirtschaftsplan' um die Erfahrung des u.s.-amerikanischen *New Deals* und des belgischen 'Plans der Arbeit' erweitert und konkretisiert sowie mit den volkswirtschaftlichen Thesen J.M. Keynes untermauert wurde. Damit lösten sich die tschechischen Sozialdemokraten zwar von einer dogmatischen Krisendoktrin, wie sie z.B. noch zu Beginn der Weltwirtschaftskrise in der Politik der SPD vorherrschte, und versuchten durch eine aktive Arbeitsmarkt- und Investitionspolitik des Staates der Volkswirtschaft neue Wachstumsimpulse zu geben. Die Priorität ihrer Politik lag aber weiterhin auf der Sicherung und dem sukzessiven Ausbau sozialer und politischer Besitzstände, so daß auch mit ihnen die erforderlichen durchgreifenden Strukturereformen, die in der Arbeit vor allem in den regional unterschiedlichen strukturellen Wachstumshindernissen identifiziert wurden, nicht zu erreichen waren. Das Ziel der sozialdemokratischen Antikrisenstrategie bestand somit nicht in der Beseitigung des Kapitalismus, sondern in der Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaftstätigkeit, und die DSAP schloß sich dieser Programmatik an. Auf diese Weise sollte der Staat in die Lage versetzt werden, über neue Institutionen und neue politische Mechanismen aktiv als Nachfrager sowie als Kontroll- und Planungsinstanz in die Wirtschaftsabläufe einzugreifen. Dieses ordnungspolitische Vorhaben sollte durch Arbeitszeitverkürzungen, eine Kreditausweitung, die Aufgabe der Deflationspolitik und des Goldstandards sowie eine Exportförderung unterstützt werden, so daß der sozialdemokratische Wirtschaftsplan insgesamt ein komplexes Geflecht einer nachfrage- und angebotsorientierten Wirtschaftspolitik darstellte. Neben der die Wirtschaftstätigkeit und das politische System stabilisierenden Wirkung, sollten mit diesem Konzept zur Krisenbekämpfung aber auch weitere gesellschaftliche Schichten des Mittelstandes für den Sozialismus gewonnen und dadurch die politische Ausgangslage für die Erreichung der sozialistischen Endziele der Arbeiterbewegung verbessert werden.

Den zweiten Schwerpunkt in der sozialdemokratischen Antikrisenstrategie bildete die Frage der Demokratiesicherung. Beide Parteien entwickelten im Kampf gegen den heimischen Faschismus und die SHF/SdP Vorstellungen von einer 'wehrhaften Demokratie', die sich deutlich von den Diskussionen über Verfassungsreformen im bürgerlichen Lager unterschieden. Trat die tschechische Agrarpartei eher als Bewahrerin auf und tendierte der nationaldemokratische '*Demokratický střed*' 1934 zu ständestaatlichen, autoritären Zielvorstellungen, konzentrierten sich die Sozialdemokraten auf eine weitere Demokratisierung des politischen Systems, um es resistenter gegen die Angriffe staats- und systemfeindlicher Gruppierungen zu machen, sowie auf Strukturereformen zur Verbesserung seiner Funktionsfähigkeit, um den Kampfboden der parlamentarischen Demokratie für die eigene Strategie zu optimieren und politische Besitzstände besser sichern zu können. Die ČSD und die DSAP machten sogleich deutlich, daß sie die Einschränkungen politischer Freiheits- und Bürgerrechte lediglich als temporäre, aber dennoch

notwendige Maßnahmen der staatlichen Zurwehrsetzung betrachteten. Aber auch die Bekämpfung der Henleinbewegung wurde vorrangig unter der Prämisse der Demokratisierung in Angriff genommen. Die beiden sozialdemokratischen Parteien vertrauten vor dem Hintergrund ihrer etatistischen Politikauffassung auf die Effektivität einer administrativen Bekämpfung der SHF/SdP. Zu diesem Zweck unterstützten sie 1933 die Erweiterung der staatlichen Verfügungsgewalt durch die Ermächtigungs- und Staatsschutzgesetze und strebten insbesondere in den Jahren 1934/35 ein Parteiverbot für die Henleinbewegung an, das aber an der bürgerlichen Regierungsmehrheit und der Entscheidung des Staatspräsidenten scheiterte.

Demgegenüber wurde einer Lösung der nationalen Frage von der ČSD-Führung ganz offensichtlich situationsbedingt keine zentrale Bedeutung bei der Bekämpfung der SHF/SdP beigemessen. Vielmehr wurde die Ansicht vertreten, daß die Verwirklichung der eigenen Vorstellungen von der 'Wirtschaftsdemokratie' gleichfalls die besten Voraussetzungen für eine nationale Konsolidierung des Staates schaffen, d.h. eine 'kalte Erledigung' unerwünschter nationalpolitischer Forderungen der Minderheiten erwirken würde. Aus diesem Grund engagierte sich die ČSD zusammen mit der DSAP für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den nordböhmischen Krisengebieten oder forderte einen nationalen Proporz für den Zugang zum öffentlichen Dienst. Obwohl es zweifelsfrei ein ausgeprägtes Bewußtsein für die Existenz nationalpolitischer Defizite gab, verfügte die ČSD jedoch zu keinem Zeitpunkt über ein umfassendes, tragfähiges Konzept zur Lösung der nationalen Frage. Es konnte vielmehr festgestellt werden, daß die ČSD ihre Ansätze zu nationalpolitischen Reformen zunächst auf das Gebiet schulischer und kultureller Selbstverwaltung beschränkte. Hierhinter konnte die Taktik ausgemacht werden, die nationale Frage nach Möglichkeit zu entpolitisieren, um die bestehenden nationalen Fronten im Staat nicht weiter zu verschärfen. Diese Haltung hatte zur Folge, daß die DSAP, die in der direkten politischen Gegnerschaft zur SHF/SdP nach den verlorenen Parlamentswahlen vom Mai 1935 schrittweise ihre Taktik, sozialpolitischen Fortschritten die Priorität vor der Beseitigung nationaler Ungerechtigkeiten zu geben, überdachte und dann ab dem Herbst 1936 wieder versuchte, die Nationalitätenpolitik zu einer politischen Domäne der Sozialdemokratie zu machen, für dieses Vorhaben nur eine eingeschränkte Unterstützung von ihrem Regierungspartner erhielt. Am hinderlichsten hierfür war jedoch die Tatsache, daß die ČSD-Führung nicht bereit war, einer Revision der tschechoslowakischen Nationalstaatskonzeption zuzustimmen, obgleich R. Bechyně im Dezember 1934 eine Erweiterung der Staatsnation um die sudetendeutsche Minderheit rhetorisch in Aussicht gestellt hatte und eine große Mehrheit der Parteitheoretiker ab 1936 sogar zu einer Aufgabe des 'Tschechoslowakismus' als nationalstaatlichem Ordnungsprinzip rieten. Im Zuge der steigenden innen- und außenpolitischen Bedrohung und der schließlich auch von der DSAP erhobenen Forderung nach Föderalisierung und Kulturautonomie konnte ab Ende 1937 sogar ein gewisser Rückzug vom nationalpolitischen Reformkurs festgestellt werden, und 1938 vertrat die ČSD in der Diskussion um das Nationalitätstatut keine eigene, von Beneš oder Hodžas Konzepten abweichende Position mehr. Aus der sudetendeutschen Perspektive muß der ČSD jedoch zugute gehalten werden, daß sie nicht der Verlockung unterlag, das Problem der

staatsfeindlichen Henleinbewegung mittels eines autoritäreren nationalen Regimes einseitig ohne die Partizipation des Regierungsaktivismus zu lösen.

Im Gegensatz dazu verfolgte die KPTsch nach ihrem VII. Parteitag im Frühjahr 1936 eine nationalpolitische Strategie, die unter der Parole der 'demokratischen Volksrechte' die Positionen der beiden sozialdemokratischen Parteien verband und verdeutlichte, daß es durchaus Mittel und Wege gab, um die nationalen Interessen der Mehrheitsnation mit den Bedürfnissen der ethnischen Minderheiten zu verbinden. Die ČSR wurde von den Kommunisten nicht länger als sich 'faschisierende, imperialistische Macht' (1929) gesehen und als 'Völkerkerker' (1931) bezeichnet, sondern es wurde hervorgehoben, daß eine gerechte Lösung der nationalen Frage in der Situation innerer und äußerer Bedrohung die Voraussetzung für die Erfüllung der nationalstaatlichen Interessen der Tschechen darstellte. In dem im November 1936 vorgelegten Memorandum erhob die KPTsch Forderungen nach nationaler Gleichberechtigung, die sich deutlich mit der Programmatik des sudetendeutschen Regierungsaktivismus deckten. Eine mögliche Brückenfunktion zum tschechischen Regierungslager hätte darin bestehen können, daß die nationale Frage nicht als Volksgruppenproblematik, sondern als Gegenstand individueller Diskriminierung verstanden wurde, so daß damit auch keine Revision der tschechoslowakischen Nationalstaatskonzeption erforderlich geworden wäre. In der Situation des sich innenpolitisch verschärfenden nationalen Konflikts und der sich zunehmend einschränkenden außenpolitischen Handlungsspielräume im Zusammenhang mit der sich abzeichnenden *Appeasement*-Politik der Westmächte fand dieser Ansatz jedoch kein Gehör in den beiden Regierungslagern. In der Krise des Sommers 1938 zog die KPTsch dann das Wagnis einer militärischen Verteidigung der ČSR der Kapitulation vor Hitler vor. Diese entschlossene Haltung half der Partei, sich zulasten der Sozialdemokraten aus der politischen Isolation zu lösen.

Die größten programmatischen Gegensätze zwischen tschechischen und sudetendeutschen Sozialdemokraten bestanden jedoch in ihren außenpolitischen Vorstellungen. Da die tschechoslowakische Außenpolitik außerhalb des sozialdemokratischen Einflußbereichs lag, barg dieses Politikfeld zwar weiteres Konfliktpotential für die zukünftige Zusammenarbeit beider Parteien, es konnten aber keine Hinweise darauf gefunden werden, daß es die Desintegration des Bündnisses tatsächlich beschleunigte. Während sich die tschechischen Sozialdemokraten ganz auf der Linie der den *Status quo* sichernden Außenpolitik Benešs bewegten und die ČSR vor allem durch außenpolitische Kontinuität (Fortführung des Systems kollektiver Sicherheit, festes Bündnis mit Frankreich und Ausbau der Kleinen Entente als Gegengewicht zum deutschen Einfluß in der Region, Heranführung der UdSSR an das französische Verteidigungssystem als weitere Schutzmacht) gegenüber der nationalsozialistischen Aggression abzusichern suchten, strebten die DSAP-Theoretiker eine Neuordnung der europäischen Verhältnisse unter der Maßgabe sozialer Erneuerung in Frieden, Freiheit und Demokratie an, zu der auch eine partielle Revision der Nachkriegsordnung als notwendig erachtet wurde. Die Vorstellungen der DSAP-Theoretiker über die regionale Neuordnung und die damit verbundenen Grenzkorrekturen, über die Zukunft des Staates Österreich sowie über die Neugestaltung der nationalen Verhältnisse gingen weit über das hinaus, was die tschechischen Sozialdemokraten, deren außenpolitische

Sichtweise auf den eigenen Staat konzentriert war, zugestehen mochten. Das größte Problem in den außenpolitischen Vorstellungen der ČSD, wie auch Benešs, bestand aber zweifellos darin, daß sie schon in den zwanziger Jahren keine Strategien der Konfliktprävention verfolgten, die sich durch wirtschaftliche und politische Maßnahmen positiv auf die innenpolitische Entwicklung in den Nachbarstaaten der ČSR auswirken konnten. In den dreißiger Jahren entwickelten sie zwar Pläne zur wirtschaftlichen Vertiefung der Kleinen Entente, es konnte in der Arbeit aber gezeigt werden, daß hierfür vor allem die Hoffnung auf eine Verbesserung der eigenen Wirtschaftssituation maßgebend war, und nicht eine Effizienzsteigerung dieses Bündnisses gegen den deutschen Einfluß in der Region.

In der politischen Praxis hat sich erwiesen, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien mit ihrer breit angelegten Antikrisenstrategie kaum unmittelbare Erfolge erzielen konnten. Die Gleichzeitigkeit von sozioökonomischen Problemen und staatsfeindlicher, nationalistischer Radikalisierung, die Dominanz des nationalen Konflikts, die zunehmende Uneinigkeit zwischen ČSD und DSAP über die zu verfolgende Nationalitätenpolitik, die steigende außenpolitische Isolierung der ČSR, die organisatorische und ideologische Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung sowie die in nicht ausreichender Anzahl vorhandenen geeigneten Bündnispartner verhinderten in den böhmischen Ländern einen erfolgreichen Kampf gegen Hitler und Henlein. So scheiterte die doppelgleisige Demokratisierungsstrategie bereits im Frühjahr 1935 am Widerstand des bürgerlichen Lagers, und es kam weder zu einer Institutionenreform zur Steigerung der Abwehrfähigkeit der parlamentarischen Demokratie gegen die systemfeindlichen Gruppierungen noch zu einem weiteren Parteienverbot gegen die SHF/SdP. Die etatistische Politikauffassung der Sozialdemokraten und der Wille zur unbedingten Einhaltung ihrer Legalitätsstrategie machten die von ihnen favorisierte administrative Bekämpfung des Faschismus von der Konzessionsbereitschaft der bürgerlichen Partner abhängig. Da das hierfür maßgebende Innenministerium fest in den Händen der Agrarpartei verblieb, deren rechter Flügel selbst mit ständestaatlichen Ordnungsvorstellungen nach dem Vorbild des italienischen Faschismus liebäugelte und mit der politischen Integration der SHF/SdP drohte, legten ČSD und DSAP die Handlungskompetenzen in diesem Politikfeld außerhalb ihres unmittelbaren Einflussesbereichs. Aus den von ihnen dominierten Ministerien für Sozialfürsorge, Schulwesen, Gesundheit oder Justiz heraus ließ sich aber keine Politik betreiben, die sie in die Lage versetzt hätte, die allgemeinen gesellschaftlichen Trends zu völkischer Radikalisierung und zu autoritären Präferenzen aufzuhalten. Es konnte jedoch immerhin eine gewisse Neutralisierung der Staatsgewalt gegenüber der Henleinbewegung erreicht werden. Weiterhin kam es nicht rechtzeitig zu nationalpolitischen Reformen, die besonders die DSAP in der direkten Auseinandersetzung mit der SHF/SdP als Erfolg ihrer Politik für sich hätte verbuchen können.

Als insgesamt am nachteiligsten für die weitere Entwicklung muß allerdings die Erfolglosigkeit der beiden sozialdemokratischen Parteien in der Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgefaßt werden. Da diesem Bereich von den Parteiführungen der zentrale Stellenwert innerhalb ihrer Gesamtstrategie beigemessen wurde, mußte der mittelfristige Erfolg der Sozialdemokraten in den böhmischen Ländern vor allem davon abhängen, wie viele der konkreten Forderungen poli-

tisch tatsächlich umgesetzt werden konnten. Faktisch besaßen die Sozialdemokraten unter den vorherrschenden strukturpolitischen Mechanismen der Proporzdemokratie jedoch keine Möglichkeit, ihren 'Wirtschaftsplan' zum Gegenstand von Koalitionsverhandlungen zu machen, sondern sie mußten einzelne Elemente herausgreifen, deren Umsetzung verhandeln und dafür an anderen Stellen wiederum sichtbar nachgeben. Auf diese Weise konnten den bürgerlichen Regierungspartnern zwar vereinzelt taktische Erfolge abgetrotzt werden, doch die Ausgangsbasis für die angekündigte Durchsetzung sozialistischer Zielvorstellungen verbesserte sich nicht wesentlich, obwohl einige Funktionsmechanismen der 'geplanten Wirtschaft', die besonders von der Agrarpartei unterstützt wurden, appliziert werden konnten. Es kam jedoch nur in einem äußerst begrenzten Umfang zu der in Aussicht gestellten Sicherung politischer Besitzstände und sozialer Errungenschaften und keinesfalls zu dem angestrebten Ausbau proletarischer Machtpositionen im Staat. Die staatliche Wirtschaftsplanung führte nicht zu einer Demokratisierung des wirtschaftlichen Sektors als Schritt zum Sozialismus, sondern es profitierte hiervon ausschließlich die Agrarpartei, die eine sektorale Wirtschaftsförderung in ihrem Sinne betrieb. Es konnte gezeigt werden, daß durch diese Erfolglosigkeit nicht nur die DSAP, sondern auch die ČSD ihr bislang klar definiertes politisches Profil zum Großteil einbüßten. Beide Parteien waren zunehmend in einer Koalition verfangen, aus der sie nicht mehr austreten, in der sie von ihrer Programmatik aber auch nur wenig durchsetzen konnten. Nachdem die Bildung einer Minderheitsregierung aus Sozialisten und Volkspartei im Dezember 1935 scheiterte, wurden sie zusehends von Regierungspartnern zu Mehrheitsbeschaffern, von denen Teile der bürgerlichen Parteien glaubten, notfalls auf sie verzichten zu können. Schließlich ließen sich mit der politischen Erfolglosigkeit keine neuen Wählerschichten wie die städtischen Mittelschichten, die Landbevölkerung, die antibürgerliche Intelligenz oder die politisierte Jugend gewinnen, so daß die Sozialdemokratie, die sich bis zu Beginn der dreißiger Jahre stets zuerst als Interessenvertreterin der Facharbeiterschaft verstanden hatte, in der politischen und wirtschaftlichen Krise vor allem eine proletarische Bewegung blieb.

Vor dem Hintergrund dieser komplexen Problemlage fällt es auch dem Historiker schwer, aus heutiger Sicht alternative Strategien zu identifizieren, unter deren konsequenter Anwendung die Zerschlagung der ČSR durch Hitler unter aktiver Beteiligung der SdP vielleicht hätte verhindert werden können. Die Arbeit hat zumindest zeigen können, daß die von den Kommunisten propagierte 'Einheitsfront' sicherlich keine ernstzunehmende Alternative für die Sozialdemokraten darstellte. Nicht nur, daß sich beide Lager seit ihrer Spaltung in einer insbesondere durch gegenseitigen Haß geprägten Beziehung befanden und es somit keine Basis gab, von der aus sich eine sozialdemokratische Mehrheit in eine von Kommunisten dominierte, außerhalb des politischen Systems agierende proletarische Kampfgemeinschaft mit zudem fragwürdigen Erfolgsaussichten unterordnen würde, sondern hierfür waren vor allem keinerlei Übereinstimmungen in den strategischen Zielsetzungen vorhanden. Während die Sozialdemokraten auf der Grundlage ihrer Ansicht von der Instrumentalisierbarkeit des klassenneutralen Staates für die soziale Emanzipation des Proletariats und für den Kampf gegen die faschistische Bedrohung an ihrer Legalitätsstrategie festhielten, wandte sich die kommunistische Strategie unter Ausnutzung

einer angeblich vorhandenen revolutionären Situation bis zum Herbst 1934 gegen das bestehende Gesellschaftssystem und die demokratische Grundordnung und somit gegen den Staat selbst, und auch das nachfolgende Bekenntnis zur Staatsverteidigung erfolgte nur unter Auflagen. Die KPTsch hatte sich 1929 mit der Annahme ihres Bolschewisierungskurses nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich isoliert. Ihre Taktik der Wirtschaftskämpfe unter Maßgabe des 'Klasse-gegen-Klasse'-Ansatzes war ausschließlich auf Konfrontation ausgerichtet und bot keinen Spielraum für eine politische Verständigung mit den Sozialdemokraten, die im Gegenteil auch weiterhin als 'Sozialfaschisten' von ihnen diffamiert wurden. Die Skepsis, mit der die beiden sozialdemokratischen Parteien dem Strategiewechsel der Šverma-Führung begegneten, war vor dem Hintergrund der konstant vorhandenen politischen Abhängigkeit der KPTsch von der Komintern berechtigt. Auch wenn es innerhalb der KPTsch immer wieder namhafte Stimmen gab, die eine Revision der 'Klasse-gegen-Klasse'-Taktik und eine Aufgabe der Sozialfaschismus-These forderten sowie zur Entwicklung einer positiven Einstellung zur ČSR rieten, ging es den Kommunisten zu keinem Zeitpunkt um die Errichtung eines Bündnisses zwischen gleichberechtigten Partnern, sondern stets um die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für den Kommunismus. Im stalinistischen Denken war es aber ebenfalls vollkommen ausgeschlossen, zu politischen Bündnissen mit sozialdemokratischen Oppositionsgruppen zu gelangen, denn auch deren Fortexistenz wurde als Hindernis für das Erreichen der kommunistischen Primärziele betrachtet. Daher gab es von Seiten der KPTsch, die sich ab einem bestimmten Zeitpunkt um die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteiführungen bemühte, keine Initiative, einen Dialog mit der Gruppe in der *Dělnická akademie*, die eine Kooperation mit der KPTsch unter gewissen Voraussetzungen befürwortete, oder mit der 'Sozialistischen Aktion' und den Volkssozialisten zu beginnen. Die Sozialdemokraten verschlossen sich niemals dem Gedanken einer organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse, für sie war diese aber allenfalls als Reintegration der Kommunisten in eine sozialdemokratische Arbeiterpartei denkbar.

Es konnte gezeigt werden, daß in den beiden sozialdemokratischen Parteien eine überalterte Führungsriege mit einem tradierten Selbstverständnis wortführend war, die überwiegend defensiv agierte und durch einen autoritären innerparteilichen Führungsstil ihren Nachwuchs vom Zugang zum Parteizentrum abhielt, und daß weitgehend träge, Anpassungsprozesse verlangsamende Parteiapparate es erschwerten, daß sich neue Ideen über politische Inhalte, Strategien und Kampfformen in der ČSD und in der DSAP durchsetzen konnten. Die Ausführungen der Arbeit lassen jedoch die bislang in Deutschland dominierende Forschungsmeinung fraglich erscheinen, ob eine sozialistische Aktivität, wie sie die verschiedenen Oppositionsgruppen mit unterschiedlichen inhaltlichen Zielvorstellungen forderten, oder die frühzeitige Anwendung einer außerparlamentarischen Mobilisierungsstrategie den Sozialdemokraten eine bessere Ausgangslage für ihren Kampf gegen Hitler und Henlein verschafft hätten. Dagegen spricht zum einen, daß die Sozialdemokraten innerhalb der Regierungskoalition zwar in der politischen Minderheit waren, sie waren aber keinesfalls von Anfang an isoliert. Zum anderen wäre eine offensivere Strategie von den Parteiapparaten, die zudem über keine derartigen Erfahrungen verfügten, nur schwer zu steuern gewesen und hätte leicht Illusionen bzgl. der eigenen Stärke hervorrufen kön-

nen, die nicht mit der tatsächlichen Machtverteilung im politischen System korrespondierten. Schließlich hätte hierdurch eine weitere gesellschaftliche Radikalisierung bewirkt werden können, die u.U. auch der KPTsch zugute gekommen wäre oder eine Verschärfung der politischen Krise zur Folge gehabt hätte. Aus diesem Grund erhielt die Initiative E. Franzels, der eine Neu- ausrichtung und Radikalisierung der Staatsidee in Form einer 'jakobinischen Republik' forderte, worunter er die klassen- und nationalitätenübergreifende Neugründung des politischen Gemeinwesens auf der Grundlage einer antifaschistischen, staatserhaltenden Identität verstand, keine Unterstützung der Parteivorstände. Ebenso gab es keine Veranlassung zum Aufbau eigener paramilitärischer Verbände, denn der Staat hatte am Beispiel der Volkssport-Affäre 1932/33, des faschistischen Putschversuchs in Mähren Anfang 1933 oder beim Verbot der DNSAP und der DNP im Herbst 1933 gezeigt, daß er sich gegenüber staatsfeindlichen Angriffen zur Wehr setzen würde, und die Henleinbewegung war stets bestrebt, nur im Rahmen des vorherrschenden parlamentarischen Systems in Machtpositionen vorzurücken. In der September-Krise von 1938 wäre jeder isolierte gewaltsame Widerstand der Arbeiterparteien ohne Aussicht auf Erfolg gewesen.

Als vor dem Hintergrund existierender politischer Rahmenbedingungen einzige denkbare Alternative erachtet der Verfasser die Variante der Bildung eines übernationalen Bündnisses aller demokratischen Parteien auf der Basis eines gemeinsamen Willens zur Verteidigung des Staates und der demokratischen Grundordnung. Gestützt auf eine breite gesellschaftliche Bewegung und unter einer wie auch immer organisatorisch ausgestalteten partiellen Hinzuziehung der Kommunisten scheint es nicht ausgeschlossen, daß ein solches wertgetragenes Bündnis in der Lage gewesen wäre, bestehende politische Interessengegensätze zumindest temporär zu überwinden und auch einschneidende Veränderungen einzuleiten. Ein derartiges Bündnis wurde vor allem von der Gruppe in der *Dělnická akademie* abgestrebt. Ihr Ende 1934 vorgestelltes Antikrisenprogramm basierte auf der Rezeption der europäischen Diskussionen zu Fragen der sozialistischen Politik- und Gesellschaftsgestaltung, besonders des 'Planismus', und auf einer eigenen Beurteilung der Möglichkeiten für einen sozialistischen und demokratischen Umbau des politischen und Gesellschaftssystems in der ČSR. Während der wirtschafts- und sozialpolitische Bereich des Programms sich im wesentlichen mit dem 'Wirtschaftsplan' des Parteivorstands deckte, betonten diese Theoretiker jedoch bei ihren Vorstellungen zur Verteidigung der Demokratie, daß Sozialismus und Demokratie als Synonyme und als gleichrangige Faktoren im sozialemanzipatorischen Kampf der Arbeiterklasse begriffen werden müßten. Da der Kampf um den demokratischen Sozialismus nur als gesamtgesellschaftliches Anliegen verstanden werden könne, müsse die Arbeiterbewegung das politische Bündnis mit der Intelligenz, dem Kleinbürgertum sowie den Klein- und Mittelbauern suchen, indem die Partei ihre sozialistische Programmatik auf die Lebensinteressen nicht-proletarischer Bevölkerungsschichten ausdehne.

Es konnte in diesem Zusammenhang gezeigt werden, daß in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in den böhmischen Ländern durchaus greifbare und potentiell ausbaufähige Ansatzpunkte für eine solche Politik vorhanden waren. Zum einen hatte die Affäre um die Wahl des Staatspräsidenten im Dezember 1935 gezeigt, daß es eine ausreichende parlamentari-

sche Mehrheit gab, die ein vitales Interesse hatte, eine Zusammenarbeit zwischen dem rechten Flügel der Agrarpartei und den staatsfeindlichen Parteien unter allen Umständen zu verhindern. Diese Mehrheit umfaßte neben den Sozialdemokraten den politischen Katholizismus, die 'Burg-Gruppe', die tschechischen Nationalen Sozialisten sowie zu diesem Zeitpunkt auch die KPTsch. Zum anderen hatten das erste antifaschistische Manifest der 'Gemeinde der tschechischen Schriftsteller' vom November 1934 und noch deutlicher die Entstehung des Petitionsausschusses 'Wir bleiben treu' (PVVZ) 1938 verdeutlicht, daß es zumindest in der tschechischen Gesellschaft eine überaus breite, instinktiv getriebene, zivilgesellschaftlich engagierte Mehrheit für eine konsequente und unnachgiebige Zurwehrsetzung des demokratischen Staates gegen die Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland und die SdP gab. Zusammengenommen hätte ein solches Bündnis mehrere Zielsetzungen verfolgen können:

1. Druck auf die Agrarpartei auszuüben, daß diese zum einen nicht länger notwendige Reformschritte zugunsten ihrer Partikularinteressen blockierte und zum anderen ihre indifferente Haltung in der Frage der Behandlung der SHF/SdP aufgab.
2. In der Regierung die Ansicht durchzusetzen, daß auch die Henleinbewegung nicht mehr anders zu disziplinieren war als durch eine konsequente Anwendung staatlicher Repressionsmittel auf der Grundlage der bestehenden Gesetzeslage.
3. Zu verdeutlichen, daß der Verteidigungswille des Staates und der Gesellschaft nicht an nationale oder ideologische Voraussetzungen gebunden war, um sowohl den nationalen Minderheiten als auch den Kommunisten sowie den slowakischen Autonomisten ein Anschließen für den Fall offenzuhalten, daß sie die Staatsziele und die demokratischen Spielregeln akzeptierten. Hierdurch hätte zudem die Chance genutzt werden können, diejenigen Gruppierungen, deren fehlende Teilhabe am Machtkartell der Regierungsparteien sie bereits in den zwanziger Jahren zu fundamentaler Opposition und Obstruktion geführt hatte, wieder an das Staatsinteresse heranzuführen.
4. Die Einleitung einer umfassenden Reformpolitik, die die Verteidigungs-, Verständigungs- und Integrationsbereitschaft des Staates sowohl gegenüber seinen Staatsbürgern als auch gegenüber dem Ausland glaubhaft dokumentierte.

Bei beiden sozialdemokratischen Parteiführungen rückten derartige Überlegungen jedoch nicht in den Vordergrund. Die bestehende Kooperation mit der Agrarpartei bildete stets den Grundpfeiler der sozialdemokratischen Regierungsarbeit. Daraus kann allerdings nicht der Vorwurf abgeleitet werden, daß die ČSD und die DSAP dieses Vorgehen zu einer dogmatischen Prämisse ihrer Politik gemacht haben. Es entstand besonders bei den tschechischen Sozialdemokraten vielmehr aus der subjektiven Wahrnehmung, daß es nur wenige verlässliche Partner gab, mit denen eine alternative politische Bündniskonstellation hätte gewagt werden können. Dessen ungeachtet planten sie im Dezember 1935 die Bildung einer katholisch-sozialistischen Minderheitsregierung mit aktiver Unterstützung oder passiver Duldung durch die KPTsch, leiteten entsprechende Sondierungsgespräche mit kommunistischen Spitzenfunktionären ein und

loteten damit ganz zweifellos die Grenzen der Konzessionsbereitschaft nach dem VII. Weltkongreß der Komintern aus.

Somit kann als weiteres Ergebnis der Arbeit festgehalten werden, daß die verschiedenen innerparteilichen Oppositionsgruppen zwar zukunftsweisende Konzepte zur Abwehr der Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland und die SHF/SdP vorlegten, doch waren diese, insgesamt betrachtet, nicht besser geeignet, den immensen Herausforderungen für die politische Arbeiterbewegung in den böhmischen Ländern zu begegnen als die Strategien der sozialdemokratischen Parteivorstände. Eine besondere Bedeutung für die zeitgenössische Diskussion muß aus heutiger Sicht dem sog. 'Volkssozialismus' zugemessen werden, da er ab 1936 maßgeblich das Verhalten der DSAP beeinflusste. Der sudetendeutsche Sozialdemokrat W. Jaksch hatte Anfang 1936 in seiner Schrift "Volk und Arbeiter" ein revisionistisches Konzept vorgestellt, das nach der Erfahrung der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung die Machtfrage ins Zentrum der Überlegungen zu einer politisch-programmatischen Neuorientierung des Sozialismus rückte. Als pragmatischer Realpolitiker war für Jaksch die Frage entscheidend, wie es der Arbeiterbewegung in den entwickelten Industriegesellschaften Europas gelingen könnte, angesichts globaler Machtverschiebungen und einer gesellschaftlichen Desorientierung weiter Bevölkerungsschichten, deren Ursachen er vor allem in ökonomisch-technischen Veränderungen und in den geopolitischen Folgen des Ersten Weltkriegs verortete, neue politische Verbündete für den Kampf gegen den Faschismus und für die Durchsetzung der sozialistischen Endziele zu gewinnen. Das klassenzentrierte Sozialismusmodell des Marxismus könnte seiner Ansicht nach keine praktikablen Antworten mehr auf diese Probleme liefern, da es die Bündnisfrage auf der Grundlage seiner Überzeugung von der historischen Determiniertheit des gesellschaftlichen Übergangs zum Sozialismus und seiner Überschätzung des quantitativen Wachstumspotentials des Proletariats vernachlässigt hatte. Deshalb sei es durch eine Sozialismuskonzeption zu ersetzen, die den Klassenkampf aufgibt und statt dessen der nationalen Problematik einen gleichrangigen Stellenwert zur Bedeutung der sozialen Frage einräumt. Erst wenn es der Arbeiterbewegung gelingen würde, die sozialen und nationalen Interessen der gewerblichen Mittelschichten, der Angestellten, der Bauern, der Intelligenz und der Jugend in ihre Programmatik zu integrieren, könne von den humanistischen Idealen und den ethischen Motiven des Sozialismus eine Anziehungskraft ausgehen, die den Abschluß neuer politischer Bündnisse gegen den Faschismus ermöglichen und dem Sozialismus schließlich den Weg in eine klassenübergreifende Volksbewegung eröffnen würde. Als Grundlage für die politisch-programmatische Neuorientierung sei nach Jakschs Ansicht neben der Überwindung der ideologischen Hindernisse des Marxismus aber auch eine eingehende Auseinandersetzung mit der Ideologie des Faschismus notwendig, und die Inhalte der Programmatik des Gegners seien mit sozialistischen Zielsetzungen positiv zu belegen.

Jakschs Revisionismus war somit nicht auf eine Zersetzung der Arbeiterbewegung ausgerichtet, wie ihm in der zeitgenössischen Diskussion verschiedentlich vorgeworfen worden war, sondern es ging ihm ausschließlich darum, ihr neue ideologische und programmatische Impulse zu geben, um erfolgreich im Kampf gegen den Faschismus bestehen zu können. Im Gegensatz

zu den dominierenden Forschungsmeinungen konnte in der Arbeit auch nachgewiesen werden, daß Jakschs Vorstellungen keine signifikanten Übereinstimmungen mit der Programmatik Otto Strassers und der Schwarzen Front aufwiesen. Vielmehr ließen sich sämtliche gedanklichen Ansätze des Volkssozialismus in den sozialdemokratischen Diskussionen der dreißiger Jahre wiederfinden, insbesondere bei H. de Man, bei den 'militanten Sozialisten', bei der Sollmann-Gruppe sowie im 'Prager Manifest' der Sopade. Ebenso waren Jakschs Vorstellungen keinesfalls großdeutsch ausgerichtet, sondern sein territorialpolitischer Revisionismus strebte eine tragfähige gesamteuropäische Friedensordnung an, in der sich das deutsche Volk – innerhalb und außerhalb eines deutschen Nationalstaates – durch sozialrevolutionäre Leistungen profilieren sollte. Im Rahmen dieser Friedensordnung müßte es nach Jakschs Ansicht aber auch zu einer gerechten und praktikablen Lösung der Frage der nationalen Minderheiten kommen. Erst dann könnten diese eine Brückenfunktion im europäischen Ausgleichsprozeß einnehmen. Unter Rückgriff auf austromarxistische Konzepte nationaler Autonomie, Demokratisierung und des Minderheitenschutzes strebte Jaksch also einen nationalen Ausgleich in den multinationalen Staaten an.

Auch wenn Jakschs volkssozialistisches Konzept wichtige Elemente beinhaltete, die von den europäischen Sozialisten schließlich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich bei der Transformation sozialdemokratischer Klassenparteien in Volksparteien umgesetzt wurden, konnte in der vorliegenden Arbeit nachgewiesen werden, daß es sowohl in der Theorie als auch in der konkreten Situation, für die es entworfen worden war, einige tiefgreifende Mängel aufwies. Dies betraf vor allem die falsche Annahme, der Sozialismus könne durch eine entsprechende Revision seiner ideologischen und politisch-programmatischen Grundlagen den gesellschaftlichen Trend zu nationalistischer resp. faschistischer Radikalisierung aufhalten. Jaksch unterlag also – wie auch andere Sozialisten in den dreißiger Jahren – der politischen Illusion, diejenigen, die sich bereits der SHF/SdP zugewandt hatten, könnten durch eine strategische Neuorientierung des Sozialismus für das demokratisch-sozialistische Lager zurückgewonnen werden. Doch diese Menschen waren zu diesem Zeitpunkt durch rationale Argumentation bereits nicht mehr politisch zu erreichen. Die zweite zentrale Schwäche des Volkssozialismus konnte somit in dem Umstand ausgemacht werden, daß unter den innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen für die böhmischen Länder der dreißiger Jahre keine gesellschaftspolitische Grundlage vorhanden war, auf der die Gründung einer sudetendeutschen sozialdemokratischen Volkspartei nach bundesrepublikanischem Vorbild möglich war. Jaksch hatte zwar die Auflösung der Klassengesellschaft richtig analysiert und zurecht kritisiert, daß es die Sozialdemokraten versäumt hatten, sich rechtzeitig um die Integration nicht- und halb-proletarischer Schichten in die eigene Parteistrategie zu bemühen und dadurch ihr Hinübergleiten in den radikalen Nationalismus völkischer Prägung zu verhindern. Doch es konnten andererseits keine belegbaren Hinweise dafür gefunden werden, daß die von ihm angestrebte Entideologisierung und Entdogmatisierung der politischen Strategie des Sozialismus in einer zeitlichen Periode, die vor allem durch eine Ideologisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche und aller politischen Fragen gekennzeichnet war, in der sudetendeutschen Gesellschaft akzeptiert worden wäre

und damit die gesellschaftspolitische Tendenz zu radikal-nationalistischen, ständestaatlichen und autoritären Lösungsmodellen hätte aufhalten und dadurch eine alternative Entwicklung hätte einleiten können.

Neben theorieimmanenten Schwachpunkten, die insbesondere in der Vermengung verschiedener Problemebenen ausgemacht wurden, und der überwiegend fehlenden Festlegung Jakschs auf konkrete Handlungsanweisungen konnte in der Arbeit als entscheidendes Problem des volkssozialistischen Konzepts jedoch herausgestellt werden, daß es in seiner konkreten Umsetzung keine neuen Verbündeten finden konnte, sondern im Gegenteil die bestehende politische Partnerschaft mit der ČSD zusehends belastete. Jaksch hatte es zu seinem politischen Ziel erklärt, in der ČSR eine neue Machtkonstellation zu etablieren, die in der Lage sein würde, Lösungen für die sozioökonomischen Probleme und die existierenden nationalen Gegensätze in den böhmischen Ländern anzustreben. In der politischen Praxis erwies sich die von ihm durchgesetzte Strategie der DSAP, die nationale Frage in der Parteipolitik zu betonen und sich auf dem Feld der Nationalitätenpolitik gegenüber der SdP zu profilieren, als kontraproduktiv für die Stellung der sudetendeutschen Sozialdemokraten. Einerseits kam es aufgrund der komplexen Krisensituation und des für eine Reformpolitik hinderlichen Regierungssystem bis 1938 nicht zu nennenswerten nationalpolitischen Fortschritten, so daß die DSAP als Regierungspartei die Mitverantwortung für den Reformstau übernehmen mußte und daher keine überzeugenden Argumente vorbringen konnte, warum ihre aktivistische Strategie letztlich dem Negativismus der SdP vorzuziehen sei. Andererseits führte Jakschs Bestreben, einen nationalen Ausgleich in einer Form herbeizuführen, die das nationalstaatliche Ordnungsprinzip der ČSR infrage stellte, und dies notfalls auch in politischer Gegnerschaft zur ČSD zu erwirken, dazu, daß sich die DSAP in eine innenpolitische Isolation manövrierte und schließlich von der ČSD nicht mehr gestützt werden konnte.

Es soll daher abschließend hervorgehoben werden, daß den beiden sozialdemokratischen Parteien trotz mancher Defizite im Detail weder die politische Verantwortung für das Scheitern des tschechisch-deutschen Zusammenlebens in den böhmischen Ländern noch eine Mitschuld an der gewaltsamen Zerschlagung der ČSR zugeschrieben werden kann. In bezug auf die sozialdemokratische Politik des Staats- und Systemerhalts war es vor allem die Gleichzeitigkeit von sozialer Not, des Aufstiegs mehrerer systemfeindlicher und zentrifugaler Gruppierungen sowie der zunehmenden Probleme mit ihren bürgerlichen Partnern, die die Handlungsspielräume der beiden sozialistischen Parteien einschränkten und sie in dieser Situation dazu zwangen, einen Kampf ohne Aussicht auf Erfolg zu führen. Zum Verhängnis wurde dem politischen Bündnis zwischen ČSD und DSAP aber schließlich, daß sie keine Geschlossenheit in der elementaren Frage der Nationalitätenpolitik mehr besaßen und daß sie in einem Regierungssystem gefangen waren, das nicht mehr ihre Ziele verfolgte. Indem die ČSD und die DSAP unter der Führung Hampels und Czechs an den wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen des revisionistischen Marxismus festhielten und der Versuchung zu politischen Sonderwegen widerstanden, schafften sie durch ihre Politik im Rahmen des bestehenden Ordnungsgefüges jedoch Kontinuitäten, die wesentlich dazu beitrugen, das politische System so lang als möglich stabil zu halten. Die beiden

Parteiführungen antworteten darüber hinaus in insgesamt angemessener Weise auf die tagespolitischen Herausforderungen und stellten – trotz punktueller Kritik innerparteilicher Oppositionsgruppen – identitätsstiftende Bezüge zu den Erfahrungen der sozialen Basis ihrer Bewegungen her, so daß die Hoffnungen auf einen sozial gerechten gesellschaftlichen Wandel aufrecht erhalten blieben. Wenn die ČSD und die DSAP entgegen ihrer Bemühungen, sich politisch-programmatisch für neue gesellschaftliche Gruppen zu öffnen, während der gesamten Zwischenkriegszeit Klassenparteien blieben, heißt dies dennoch nicht, daß sie keine Programme entwickelten, die darauf ausgelegt waren, die spezifischen Probleme und Herausforderungen für die ČSR im gesamtgesellschaftlichen und gesamtstaatlichen Interesse zu lösen. Ihre Antikrisenstrategie war im Gegensatz zur KPTsch so dehnbar erarbeitet, daß die Sozialdemokraten auf verschiedene Herausforderungen der Tagespolitik stets noch vergleichsweise flexibel reagieren konnten. Es mag durchaus kritisierbar sein, daß sie sich neuen Kampfformen verschlossen und an ihrer Legalitätsstrategie noch in dem Augenblick festhielten, als sie kaum mehr die politische Entwicklung beeinflussen konnten. Mag diese Haltung vordergründig als politischer Attentismus erscheinen, so war sie doch vor allem in der realistischen Selbsteinschätzung begründet, daß weder die ČSD noch die DSAP militante, kampffähige Parteien waren, sondern daß beide in ihrer etatistischen Politikauffassung politische Risiken mit zweifelhaftem Ausgang scheuten. Dies galt trotz aller revolutionären Rhetorik übrigens auch für die KPTsch. Darüber hinaus stellt die angewandte antifaschistische Strategie auch einen Beweis dafür dar, daß sich die Sozialdemokraten vom politischen Gegner nicht die Kampfformen aufzwingen lassen und sich damit auf ein Feld begeben wollten, auf dem sie einerseits unterlegen gewesen wären und mit dem andererseits die eigenen Wertvorstellungen von sozialer und politischer Emanzipation der Arbeiterschaft in der Tradition des europäischen Humanismus aufgegeben worden wären. Vor dem Hintergrund der Demoralisierung, die die europäische Arbeiterbewegung infolge der Wirtschaftskrise und des unaufhaltbar erscheinenden Aufstiegs des Faschismus erfahren mußte, war das Maß an geleistetem Widerstand in den böhmischen Ländern immerhin noch beachtlich.